

Stettiner



Beitung.

Abend-Ausgabe.

Donnerstag, den 12. Januar 1882.

Nr. 20.

Deutscher Reichstag.

22. Sitzung vom 11. Januar.

Das Haus ist stark besetzt, sämtliche Tribünen gefüllt.

Am Thabe des Bundesrates: Staatssekretär von Bötticher &c. &c.

Präsident v. Lebhow eröffnet die Sitzung um 11 Uhr 30 Minuten.

Als erste Gegenstände stehen auf der Tagesordnung die dritten Berichtigungen der allgemeinen Rechnung für 1877/78, der Überblick der Reichseinnahmen und Ausgaben für 1880/81 und der Kasse der Ober-Rechnungskammer für 1878/79 und 1879/80.

Das Haus genehmigt ohne Debatte definitiv die Anträge der Rechnungs-Kommission, welche auf Genehmigung der nachgewiesenen Etatüberschreitungen lauten.

Darauf werden eine Anzahl von Petitionen als zur Erörterung im Plenum für nicht geeignet erklärt.

Es folgt nunmehr der Antrag des Abg. Rittinghausen und Genossen. Derselbe ist von den Sozialdemokraten, der deutschen Volkspartei, den Dänen und dem secessionistischen Abg. Warmuth unterzeichnet und geht dahin, der Reichskanzler sei zu ersuchen, in dieser oder der nächsten Session einen Gesetzentwurf vorzulegen, um auf Grund des § 5 des Wahlgesetzes vom 31. Mai 1869 und der Ergebnisse der Volkszählung von 1880 eine Vermehrung der Mitglieder des Reichstages herbeizuführen.

Abg. Rittinghausen rechtfertigt seinen Antrag mit dem Umstande, daß das Verhältnis zwischen der Bevölkerungszahl und der geistlichen Bestimmung, wonach auf je 100,000 Seelen ein Abgeordneter einzufallen solle, namentlich in den Großstädten und den Industriebezirken, ein schreitendes geworden sei.

Abg. Mayer (Württemberg) spricht für den Antrag. Die Regierung werde sich der Aufgabe nicht entziehen können, die Zahl der Volksvertreter mit der Bevölkerungszahl in Einklang zu bringen. Eine Folge der Annahme des Antrages würde eine anderweitige Eintheilung der Wahlkreise sein. Es sei indes nothwendig, dem Gesetz eine solche Fassung zu geben, daß eine künftige Vermehrung der Bevölkerung eine anderweitige gesetzliche Regelung unnötig macht.

Abg. Führ. v. Minnigerode erkennt an, daß eine Vermehrung der Bevölkerung im Allgemeinen und speziell in den großen Verkehrszentren seit 1871 stattgefunden hat. Aber er ist der Meinung, daß die Verhältnisse noch nicht dringend genug sind, um eine gesetzliche Neuregelung zu rechtfestigen.

Abg. Dr. Günther (Berlin) erklärt sich gegen den Antrag. In einer so konfliktschwangeren Zeit, wie die gegenwärtige, könne man an eine solche Arbeit nicht herantreten. Man würde damit der Regierung nur eine zweischneidige Waffe in die Hand geben. Er hoffe, daß die Zeit kommen wird, wo es möglich sein wird, diese wichtige Verfassungsfrage in freiheitlichem Strome lösen zu können. Aber man werde nicht verlangen können, an seinem eigenen Begräbnis mitzuwirken, sein eigener Todengräber zu sein.

Abg. v. Benigni hält die Durchführung einer solchen Maßregel erst möglich, wenn das neue Reichstagsgebäude fertig gestellt sein wird. In diesem Gebäude kann man unmöglich 50 weitere Abgeordnete plazieren. Im Weiteren führt Redner aus, daß eine Vermehrung der Abgeordneten nur durch Gesetz erfolgen könne. Auch er bittet, ruhigere politische Zeiten abzuwarten, denn dazu gehöre eine gerechte Würdigung aller Verhältnisse.

Abg. Dr. Windthorst erklärt, ebenfalls gegen den Antrag stimmen zu wollen. Auch seine Partei sei keineswegs mit der Eintheilung der Wahlkreise einverstanden. Die Geometrie sei vielfach zum Nachteil seiner Partei gemacht, aber die bestehenden Verhältnisse hätten sich in die Bevölkerung eingelebt und eine gesetzliche Bedeutung gewonnen. Außerdem sei auch er der Meinung, daß man ruhigere Zeiten abwarten müsse, ehe man an eine Neuregelung der Wahlkreise herantrete.

Der Antrag wird hierauf abgelehnt. Dafür nur die Süddeutschen und die Sozialdemokraten.

Unter dieser Stille nimmt nunmehr der Abg. Windthorst das Wort, um seinen Antrag auf

Aufhebung des Expatriierungs- und Internierungsgegeses vom 4. Mai 1874 zu begründen. Die Bedeutung des Moments wird einigermaßen dadurch abgeschwächt, daß der eigentliche Vorschlag jener Förderung, der Reichskanzler, nicht im Hause anwesend ist. Wir hören indessen von vertrauenswerten Personen aus seiner Umgebung, daß dieses Fernbleiben des Fürsten Bismarck nicht auf politische Motive zurückzuführen ist. Eine leichte Indisposition, deren Spuren sich schon in der Sitzung vom Montag zeigten, fesselt den leitenden Staatsmann an das Zimmer. Der Abg. Windthorst spricht heute mit ungewöhnlicher Wärme.

Es ist von verschiedenen Seiten, so beginnt Herr Windthorst, gegen meinen Antrag getan worden, daß der Reichstag mit dieser Sache nichts zu thun habe, daß nur das preußische Abgeordnetenhaus in dieser Frage kompetent sei. Die solches behaupten, spezifizieren auf den Mangel an Einsicht der Wähler. Die Wähler wissen sehr gut, daß der kirchpolitische Streit sich nicht allein auf das eigentliche Gebiet desselben beschränkt, daß vielmehr die kirchliche Frage alle Fragen beherrscht; sie wissen sehr gut, daß das deutsche Reich nicht eher gedeihen kann, bis dieser ziellose Bruderzwist endlich beigelegt ist und der Kirche die Freiheit gegeben wird, welcher sie bedarf. Und wenn es Parteien im Lande giebt, welche glauben, daß es dem Reiche nützt, wenn sie diesen Kampf führen, dann sind dies Männer, von denen ich annehmen muß, daß sie die deutsche Geschichte niemals gelernt haben. Ich glaube, der Konsolidierung des Reiches am besten zu dienen, wenn ich dafür eintrete, daß in demselben überall das Recht und das Recht Aller zur Geltung kommt und die kirchliche Freiheit gesichert ist. Etwas Anderes als die kirchliche Freiheit erstreben wir absolut nicht. Und weil wir sie erstreben, gleichmäßig für alle Konfessionen ohne Ausnahme, so habe ich gesagt, daß ein solches Beginnen von allen Seiten die volle Unterstützung finden müsse. Es gibt ja leider Parteien und Männer, welche ohne den Kulturmampf nicht leben zu können glauben. An diese wende ich mich nicht, sondern an die Männer wahrer Freiheit, und frage sie, ob es ihren freiheitlichen Auffassungen entspricht, wenn der Mensch in den wichtigsten Dingen der Polizeigewalt unrechtmäßig überlieferiert wird und wenn die Verhältnisse so geordnet sind, daß ein Theil der Unterklassen den religiösen Pflichten nicht nachkommen kann. Auch an die Herren Konservativen wende ich mich. Wenn sie wirklich Konservativen sind, so sind sie vielleicht die Vertreter wahrer Freiheit. Ich wende mich insbesondere an sie, weil ich glaube, daß die Geschichte den Herren zeigen möchte, daß wahre konservative Gestaltung und eine wahre Beibehaltung derselben nur hervorwächst auf religiösem Boden, und ich frage Sie, wie ist es denkbar, wie eine wirklich konservative Gestaltung erhalten werden kann, wenn diejenige Institution, welche diese Gestaltung entwidelt oder begründet, gelöscht und in ihrer freien Tätigkeit gehindert ist. An die Freikonservativen und Nationalliberalen wende ich mich nicht, auf diese werde ich vielleicht in meinem Schlusssatz zurückkommen, auch nicht an einige andere Herren. Es gibt sogar Professoren, welche sich feindselig nennen, aber nichts anderes sind, als bürokratische Männer. (Heiterkeit.) Der Redner erörtert die Tragweite des Gesetzes und weist nach, wie wenig dazu gehört, um der Reichsacht auf Grund dieses Gesetzes zu verfallen. Er zeigt, daß selbst das Sozialistengesetz nicht so drakonisch wirkt, wie das in Rede stehende Gesetz. So lange dieses Gesetz zu Recht besteht, seien die Geistlichen dem Willen der Regierung unterworfen. Sie haben es in der Hand, gegen die Geistlichen in aller kürzester Frist einzusätzen. Aus dieser gefährlichen Situation wolle sein Antrag die Herren befreien. Er wolle die Kirche den Willkür einzelner Personen entziehen. Die Kirche Gottes dürfe nicht der Willkür von Menschen unterliegen. Wir verlangen nichts als Freiheit für die Kirche. Die zwischen den Konfessionen bestehenden Differenzen müssen allein auf wissenschaftlichem Gebiete ausgetragen werden. Wir verlangen auch für den Geistlichen das gleiche Recht, drum vor dem Rechte sollen Alle gleich sein. Wie das in Rede stehende Gesetz vertheidigt, dem spreche ich den Anspruch auf wahre Freiheit ab; er hat absolut kein Recht, sich liberal zu nennen. Redner

bittet zum Schluss dringend, dem Antrage zuzustimmen, damit sich wieder alle Parteien die Hand reichen können zur gemeinsamen Arbeit für das Wohl des Vaterlandes. (Beifall im Zentrum.)

Abg. v. Kleist-Röhr: Der Kern des Kulturmampfes gehörte in die preußische Landesgesetzgebung, dort sei die Frage zuerst durchzumachen. Wir Konservativen wissen, daß solche Gesetze die freie Tätigkeit der Geistlichen schädigen, welche auf Erhaltung konservativer Gestaltungen zielt; soll aber der Antrag eine Kraftprobe sein, wie weit wir mitgehen werden, um den Kulturmampf zu bestätigen, so scheint er mir nicht recht opportun. Sie wissen, wie sehr ich persönlich angegriffen bin wegen meiner Stellung gegen den Kulturmampf. Ich und etwa die Hälfte meiner Freunde können dem Antrage aus folgenden Gründen nicht zustimmen: Ich halte die Expatriierung für vollständig unerhört, die Internierung ist unwissam; wann aber ein Geistlicher trotz des gerichtlichen Erkenntnisses, daß er eine geistliche Funktion nicht ausführen darf, eine solche ausübt, dann ist es gerechtfertigt, ihn aus der Gegend zu entfernen. Auch können wir nicht ohne Zustimmung der Regierung § 2 annehmen, daß die erlaubten Verfügungen der Landespolizeibehörden in diesem Punkte ungültig sein sollen, ohne eine Prüfung des Einzelhauses einzutreten zu lassen, zu dem es nicht nur polizeiliche, sondern auch geistliche derartige Verfügungen giebt. Ich bin bereit, auf eine Revision dieser Bestimmungen einzugehen. Da wir nun in Preußen eine Revision des Maigesetzes entgegengehen, und es heißt, diese solle wieder auf die diskretionäre Gewalt gestellt sein, so stimme ich dem Abg. Windthorst zu, wenn er hier erklärt hat, eine solche diskretionäre Gewaltübertragung genüge ihm nicht. Aber wie können die Konservativen etwas thun für die katholische Kirche, wenn die Vertreter derselben sich aus der Gesetzgebung zurückziehen und dieselbe den Konservativen und Liberalen allein überlassen. Sie dürfen nicht Ihre weitgehenden Forderungen erfüllen sehen wollen, um etwas anzunehmen; nein, die Liebe zum Volke, die Liebe zur Kirche muss Sie bereit machen, das Kleinst anzunehmen; deshalb thun Sie nicht gut, diesen mit seiner Spitze gegen Preußen gerichteten Antrag hier anzunehmen. Der Antrag ist nicht nur ein Mangel des Vertrauens gegen die Regierung, sondern auch gegen die rechte Seite, daß sie den Frieden ernsthaft wollen. Das Gesetz wird, wenn es die Geistlichen wieder zu einem Verhalten zurückgeleitet seien, wie wir es wünschen, eine würdige Ruine sein, die man ruhig bestehen lassen könnte.

Abg. v. Schorlemmer-Alst erklärt, daß die Katholiken weiter nichts verlangen, als die Wiederherstellung ihrer verfassungsmäßigen Rechte, welche man ihnen genommen habe. Der Herr Abgeordnete spricht offen aus, daß ihn die Ausführungen des Abg. v. Kleist-Röhr so tief beeindruckt hätten, da die Sicherung treuer Freundschaft gegen das Zentrum allein nicht genüge; seine Partei wolle endlich Thaten sehen. Redner behauptet, daß das in Frage stehende Gesetz ein Unrat sei und gar nicht in den Rahmen der Maigesetzgebung hineinpasse. Er führt dies des Näheren aus, geht auf die Missstände, die diesen Gesetz zur Folge gehabt, näher ein und beleuchtet in dieser Beziehung die traurige Thatstunde, daß Taten, Trauungen, wie Spendungen der Sterbekommunion in vielen Fällen unterblieben müssten, weil die betreffenden Geistlichen interniert oder excommunicirt worden waren. Wenn Fürst Bismarck sich aufrichtig und wahr an die Spitze einer christlich-konservativen Reformbewegung stellen würde, so zweiste er nicht daran, daß er auch über eine Maßregel in den Volksvertretungen zu versagen habe. Zu einer Regierungspartei sans phrase könne sich das Zentrum aber nicht hergeben. Er ersucht schließlich namentlich die linke Seite des Hauses — nachdem er denselben ihre kulturmäppischen Bestrebungen vorgetragen — den Antrag anzunehmen.

Hierauf spricht der Abg. Höbrecth gegen den letzteren. Er blitt denselben abzulachen. Abg. Jagdzeowski, welcher im Liebigen auf der Tribüne absolut unverständlich bleibt, erklärt sich Namens der Polen für den Antrag Windthorst.

Abg. Birchow begann damit, daß er in

der angenehmen Lage sei, der Aufforderung zu entsprechen, mit welcher Herr v. Jagdzeowski gerufen, nämlich dem Antrage Windthorst zuzustimmen. Der größte Theil meiner politischen Freunde, so fuhr er fort, wird für den Antrag stimmen. Ich war bei Beratung dieses Gesetzes nicht Mitglied dieses Hauses, aber ich habe mich öffentlich entschieden gegen das Expatriierungsgegeset zu erklären. Jetzt, nachdem die Regierung selbst den Frieden mit der Kirche anstrebt, wäre es sonderbar, wenn wir an diesem Gesetz festhalten wollten. Wie würden dann in der That mehr ersehen als die Regierung zu thun beabsichtigt. Wir würden die Regierung gewissermaßen eine Waffe an die Wand hängen, damit sie von Zeit zu Zeit sehen kann, ob sie nicht schäbig oder rostig geworden ist. Weder Bismarck noch Fall hat diesen Kampf erstanden. Diese Männer sind erst an die Seite des Fürsten Bismarck getreten, als dieser zum Kampf auftrief (Ruf: Mal! mal! Große Heiterkeit). Dieser Kampf ist damals inauguriert worden mit der ausdrücklichen Forderung, daß der Kaiser die Zustimmung dazu erhielt habe. Auch hat Seine Majestät sich in diesem Sinne sogar in der Thronrede ausgesprochen. Dem gegenüber finde ich es höchst sonderbar, wie gegenwärtig der leitende Staatsmann über diese Sache denkt. Wir haben uns durch die Autorität des Kanzlers und auch des Kaisers bestimmen lassen, in dieser Sache auf die Seite der Regierung zu treten und dasselbe mitzumachen, was diese Autoritäten für das Beste believed. Wenn wir uns heute entschlossen haben, für den Antrag zu stimmen, so möchte ich doch bitten, daraus nicht Schlüsse zu ziehen in Bezug auf die Maigesetze überhaupt. Ich möchte keinen Zweifel darüber lassen, daß durch unsere Haltung gegenüber diesem Gesetz unsere weitere Haltung in Bezug auf die Maigesetze nicht präjudiziert wird. Ich würde kein anderes Gesetz, welches wir so ohne Weiteres preisgeben würden. So weit wie die Situation im Allgemeinen aussieht, ist ein dauerhafter Friede mit der katholischen Kirche überhaupt nicht denkbar. Nach den Erfahrungen in Preußen geht die katholische Hierarchie Schritt für Schritt weiter, um in immer weiterer Ausdehnung die Gewalt an sich zu ziehen. Redner erkennt an, daß das Gesetz große Härte enthalte und daß man deshalb anlehnen darf an die praktischen Erfahrungen das Gesetz besiegen müsse. Wir haben kein Interesse daran, das Odium dieses Gesetzes noch ferner auf uns zu nehmen in einem Augenblick, wo die Regierung mit der Kirche unterhandelt. Wir wollen nicht die Prügelnaden der Regierung sein, aber wir werden die Regierung daran zu hindern suchen, wertvolle Rechte preiszugeben. Wir haben keine Lust, die Politik des Kanzlers mitzumachen; das ist keine Politik, das sind nur Fälle, welche sich auf unvollständige Studien gründen. (Widerspruch.) Machen wir eine regelrechte Gesetzgebung, die radikal bestehen kann, nicht aber eine solche, die nur für morgen oder übermorgen gilt. (Beifall links.)

Staatssekretär v. Bötticher: Der Herr Vorredner hat den Bundesrat dahin provoziert, er möge aus seiner Reserve herausstreifen und Siedlung zu dem vorliegenden Antrage nehmen. Er (Redner) habe geglaubt, daß die Präris der verbündeten Regierungen dem Vorredner nicht unbekannt sei. Er sei gar nicht in der Lage, aus dieser Reserve herauszutreten, denn sie sei für die verbündeten Regierungen eine zwingende. Es handele sich um die Aufhebung eines Gesetzes, zu welcher die Anregung von einem Theile dieses Hauses gegeben wurde. Sollte der Reichstag dem Antrage zustimmen, dann werden die Regierungen in die Lage kommen, sich ihrerseits die Frage vorzulegen, ob auch sie zu der Aufhebung des Gesetzes ihre Zustimmung geben können (Heiterkeit). Sie mögen das delächeln; es ist das die Stellung, die verfassungsmäßig gegeben ist. Ich bin nicht in der Lage, Ihnen heute zu sagen, wie die bayerische, die hessische, hamburgische oder die preußische Regierung sich zu dem Antrage stellen werden. Der Herr Vorredner hat seine Verwunderung darüber ausgesprochen, weshalb wir nicht belehrend in die Debatte eingreifen, weshalb wir überhaupt hier sind. Gerade die Lehre ist es, die wir suchen für die künftige Schlussfassung. Abg. Birchow hat ferner gesagt, wenn der Reichskanzler Vollmachten haben will, daß er thun und lassen kann, was er will, dann brauche man kein Parlament.

Er möchte darauf erwidern, daß, wenn die preußische Regierung Bismarck begeht auf diesem Gebiete, so geschieht das nicht um die Erweiterung ihrer Machtbasis, sondern es geschieht zur Herstellung des Friedens, es geschieht zum Wohle des Vaterlandes. Mit der Handlung in den Anschauungen des Herrn Reichskanzlers hat der Vorredner auch den Namen des Kaisers verknüpft. Wenn der Kaiser in diesem Jahre zu der Überzeugung gekommen ist, daß es besser für das Wohl des Volkes ist, eine Maßregel zu ergreifen, an welche man im vorigen Jahre noch nicht gedacht hat, so ist das etwas, was mit Ehrfurcht und Dank aufgenommen werden muß. (Lebhafte Beifallrufe.)

Darauf spricht der Abgeordnete v. Karlsruhe für die von der deutschen Reichspartei vorgeschlagene motivierte Tages-Ordnung. Ihm folgt der Abgeordnete Payer (Volkspartei), welcher sich für den Windhorst'schen Auftrag Namens seiner Partei erklärt.

Hierauf wird Beratung beantragt und befohlen.

Nach persönlichen Bemerkungen der Abgg. v. Beurkens, v. Jagdzewski, Birchow, Richter (Hagen), v. Schorlemmer-Alst, Mauthne, Dr. Windhorst und v. Karlsruhe steht der Präsident die nächste Sitzung auf Donnerstag 11 Uhr fest.

Schluß 4½ Uhr.

Deutschland.

Berlin, 11. Januar. Eine Original-Korrespondenz des „R. W. Tgbl.“ aus Berlin äußert sich über den kaiserlichen Entschluß wie folgt:

„Die feierliche Kundgebung des Kaisers Wilhelm, sie hat nicht blos eine nationale, sie hat eine internationale Bedeutung. Es bedarf, um das zu beweisen, leiner Kombinationen, keiner Hypotheken und keiner Ratschläge. Die Thatachen, die ich in Nachstehendem vorfüre, werden für sich selbst sprechen. Treten wir sofort in die Sache ein.“

Es ist kein Geheimnis geblieben, daß bei den Zusammenkünften der Monarchen, welche im Jahre 1881 stattfanden, vielfach die Notwendigkeit erörtert wurde, die Autorität der Krone des Oppositions-Parteien gegenüber mit erneuter Energie zu pfieren. Die Solidarität der konservativen Interessen wurde auch gegenüber dem Parlamentarismus und den in den Parlamenten nach Gelingung ringenden Oppositionsparteien betont. Russland habe zwar keine parlamentarische Opposition zu bekämpfen, dagegen, so wurde in Danzig konstatiert, berge der Nationalismus die größten Gefahren für den Thron und für das Reich. Was in Danzig besprochen worden war, das wurde in Gastein gebilligt, und während Deutschland und Österreich Russland gegenüber die Pflicht auf sich nahmen, den Nationalismus auf ihren Territorien zu bekämpfen, wurde im gemeinsamen Interesse auch die Unabhängigmachung der deutschen Sozialisten in Österreich und Russland definiert. Indessen erfreuten sich die Unterredungen nicht blos auf den Nationalismus und den Sozialismus, sondern sie bezogen sich auch auf die radikalen politischen und anti-kirchlichen Agitationen, welche auf die Schwächung der persönlichen Regierungsgewalt der Herrscher, auf die Trennung der Kirche vom Staat und auf die Popularisierung anti-religiöser Dichtungen abzielten.

Es heißt, daß bald nach der Danziger Konferenz Fürst Bismarck eine Art von Deutschrifft über die politische Situation Europas verfaßte, welche der deutsche Kaiser den beiden befreundeten Monarchen in Wien und Petersburg in Abschriften überreichten ließ. Diese Deutschrifft, so sagt man, ist ein Resümé des in Danzig und Gastein stattgefundenen Meinungsaustausches bezüglich der „Umsturzparteien“ und sie schildert das Anwachsen der Macht der subversiven Elemente in sehr lebhaften Farben. Die Frucht dieser Deutschrifft ist der ganz persönliche Bund zwischen den drei Monarchen, der auf die Abwehr jener Elemente gerichtet ist. Bei dem streng verteidlichen Charakter jenes Memorials ist es natürlich unmöglich, die Details desselben lernen zu können, allein über seine Tendenzen kann gar kein Zweifel bestehen.

Es waltete in den obersten Regierungskreisen Berlins die Ansicht vor, daß die Haltung der deutschen Fortschrittspartei eine staatsgefährliche und dynastischfeindliche sei. „Die Führer dieser Partei streben danach, die Regierungsgewalt an sich zu reißen, ihre Prinzipien praktisch zu verwirklichen und den König und Kaiser zum Exekutor der Majoritätsbeschlüsse der Parlamente zu degradieren.“ Mit großer Rührung wird in den genannten Kreisen erzählt, wie der greise Kaiser in Gastein in feierlichen Worten es als seine heilige Gewissenspflicht bezeichnet habe, seinem Nachfolger die Regierungsgewalt ungeschwadzt zu übergeben. In Gastein habe Kaiser Wilhelm seinem erlauchten Freunde und Verbündeten, dem Kaiser von Österreich, mitgetheilt, daß er sein politisches Testament noch bei seinem Lebzeiten zu veröffentlichen denke. Sein fester Entschluß sei es, eher die Krone niederzulegen, als den Auflordungen der Fortschrittspartei sich zu beugen und sich „Liberal“ als Nähe der Krone aufzurängen zu lassen.

Nicht allein die Bekämpfung der parlamentarischen Opposition, sondern vorzugsweise die Bekämpfung des parlamentarischen Regierungssystems, das ist das leitende Wort der zielbewußten Politik eines so zielbewußten und bisher auch so treffsicheren Mannes wie Bismarck. Das parlamentarische System soll und darf auf dem europäischen Kontinent nicht zur Geltung gelangen. Als Baron Haymerle im Herbst des Jahres 1881, von sei-

ner Baudreise zurückkehrend, mit dem Fürsten Bismarck zusammentraf, entwickelte der deutsche Reichskanzler in den Gesprächen mit dem österreichisch-ungarischen Minister des Außenwesens die Grundzüge eines Programms konservativer Politik und stellte die Durchführung dieses Programmes als unabsehbar im Interesse der beiden Reiche und des Freundschaftsbundes derselben hin. Baron Haymerle, so erzählt man, habe ziemlich betroffen auf seine gesetzliche Position hingewiesen, die eine, von der verfassungsmäßigen Stellung des deutschen Reichskanzlers sehr verschiedenartige sei. Denn während Fürst Bismarck in seiner Person die Würden als preußischer Ministerpräsident und als deutscher Reichskanzler vereinigte, stände dem österreichisch-ungarischen Minister des Auswärtigen keine Jüngerenz auf die innere Politik der beiden Reichshäfen zu. Aber, so erzählt man, hätte Bismarck habe dies nicht gelassen. Auch im Verfassungsleben, entgegnete er, sei der biblische Grundsatz maßgebend: „Das Wort tödtet, der Geist allein macht lebendig.“ Er könnte sich einen österreichisch-ungarischen Minister des Außenwesens nicht denken, der nicht im Stande wäre, im Falle der Notwendigkeit auf beide Regierungen des dualistischen Reiches einen hellen Druck auszuüben. „Denn — so soll Fürst Bismarck dem Baron Haymerle zugerufen haben — denn drücken Sie nicht, so werden Sie gedrückt und schließlich unterdrückt.“

Ob Fürst Bismarck den Baron Haymerle überzeugt hat, das bleibe dahingestellt; Thatsache ist es aber, daß Baron Haymerle in sehr gedrückter Stimmung den Fürsten Bismarck verließ und daß dieser nach einziger Zeit sich über ihn folgendermaßen äußerte: „Baron Haymerle ist sonst ein ganz klarer Kopf, aber er hat sich doch sehr in liberal-doktrinären Anschaunungen verstrickt.“ Der ländliche Abschluß, den das Leben des Barons Haymerle bald darauf fand, ließ keinen Gegensatz oder gar einen Konflikt zwischen den beiden Staatsmännern entstehen, sicher aber ist es, daß Fürst Bismarck mit dem Nachfolger des Barons Haymerle sich besser zu verständigen vermochte, und daß diese beiden Staatsmänner der gleichen Ansicht sind über die solidarische Gefahr des Aufwachsens der extremen parlamentarischen Opposition für die Monarchie, und der absoluten Unzulässigkeit des englischen Parlamentarismus in Mittel- und im östlichen Europa.

Fürst Bismarck ist der Anschauung und aus dieser möchte er niemals hehl, daß ein direkter Appell der Monarchen an ihre Völker eine großartige Wirkung ausüben würde, da in Deutschland sowohl als in Österreich-Ungarn das dynastische Gefühl tief eingewurzelt sei, während die Opposition nur künstlich gehürt und von den Zeitungen und den interessirten Wortführern großgezogen werde. Es darf daher nach alledem nicht verwundern, daß das Wort, welches der Kaiser von Österreich an die Triester Deputierten bezüglich der salzischen Opposition gerichtet hat, in Berlin ungemein befriedigte und die lebhafte Zustimmung hervorrief. Es unterliegt auch keinem Zweifel, daß die jüngste Kabinetsordnung des Kaisers Wilhelm vor ihrer Veröffentlichung dem Kaiser Franz Josef, sowie den Königen von Bayern, Sachsen, Württemberg und mehreren Großherzögen durch die preußischen Vertretungen in vertraulicher Weise mitgetheilt wurde.

Wird die Kundgebung des Kaisers Wilhelm genügen, um den angestrebten Zweck zu erreichen? . . . Es ist wohl sicher, daß in nicht fernster Zeit noch weitere Kundgebungen folgen werden, um die Solidarität der konservativen Interessen nach innen und nach außen zum unzweifelhaftesten Ausdruck gelangen zu lassen.

Dies die Mittheilungen, die dem „R. W. Tgbl.“ aus Berlin zu kommen. Sie sind überaus einstiger Natur.

Provinziales

Stettin, 12. Januar. Der 70jährige Handelsmann Wih. Brandt stürzte gestern Nachmittags auf der großen Domstraße und renkte sich dabei die rechte Schulter aus dem Gelenk.

Am 2. d. Ms. wurde, wie wir mitgetheilt, in der Wohnung des Briefträgers Guhmann ein Gelddiebstahl ausgeführt. Gestern gelang es, in der Person der unverheiratheten Louise Andero die Diebin zu ermitteln und zur Haft zu bringen.

Gestern Nachmittag wurde die Feuerwehr nach dem Grundstück schwarzer Damm Nr. 5 gerufen, dieselbe kam jedoch nicht in Thätigkeit, weil nur in der dort belegenen Wohnung eines Arbeiters einige Lumpen in Brand gerathen waren.

Im Laufe des Jahres 1881 wurden hier selbst 1408 Personen wegen Bettelns und Bagaudirens, 325 wegen Diebstahls, Unterschlagung und Betruges, 200 wegen Ausschreitungen und 598 wegen anderweitiger Vergehen durch die hiesige Polizei verhaftet. Außerdem gingen 17,743 Anzeigen und Denunziationen ein.

Aus einer unveröffentlichten Kücke der gr. Poststelle 68, 1. Et., belegten Wohnung des Unternehmers Schulz wurden vorgestern 5 silberne Eßlöffel im Wert von 50 M. gestohlen. Dieselben hatten auf der oberen Seite des Stiel's die Buchstaben „F. H.“, auf der unteren Seite die Firma „Schröder“ und ein Wappen, den Vogel Greif darstellend, eingeschmolzen.

¶ Parlowskug, 10. Januar. Die Lage der ärmeren ländlichen Bevölkerung ist jetzt eine sehr traurige, viele Tagelöhner und kleine Eigentümner in dieser Gegend sind fast ohne jeden Verdienst und gezwungen, meilenweit nach den Forsten zu laufen, wo sie täglich kaum 1 Mark verdienen; davon soll Weib und Kind ernährt und Fleische und Steuern bezahlt werden. Wird Land verpachtet, so ist dasselbe nicht in kleine Parzellen geteilt, so daß es der ärmeren Bevölkerung unmöglich ist, ein Gebot abzugeben. Ein großer Nebelstand ist darin zu finden, daß das Gesetz am 1. Oktober zieht; denn die entlassenen Eisgruber reservisten treffen stets erst nach dieser Zeit ein und sind in Folge dessen nicht mehr im Stande, einen Dienst anzutreten und laufen daher auch ohne Beschäftigung umher. Dazu kommt, daß auf vielen Gütern das Gesinde jetzt verringt ist, denn nicht allein durch die in Thätigkeit gesetzten Maschinen werden viele Arbeitskräfte erspart, sondern viele Gutsherren lassen Arbeiten, zu denen sie früher Knechte anstellen, jetzt durch Tagelöhner ausführen. Es wäre dringend zu wünschen, daß bald eine Wendung zum Besseren eintrete, sonst würde sicher auch in unserer Gegend die Auswanderung bald noch größere Dimensionen annehmen.

Vermischtes.

(Feuerspieler Berg.) Mauna-Eva, der Vulkan in Hawaii, befindet sich seit 5. November 1880 in Eruption. Es ist dies der größte Ausbruch, der seit fünfzig Jahren beobachtet worden. Ein Maler, Namens Fornear, hat 38 Delgemälde der Lavastrom vollendet. Mr. Green von Honolulu berichtet, daß, wenn eine Ansammlung der Lava an einer Stelle der Erdkruste vollendet, ein dichter Rauch hinaussteigt, der manchmal so intensiv wird, daß er auch nicht für einen Moment einem Lichtstrahl die Durchsicht gewährt. Die Lava ist so glühend, daß sie noch nach einem Laufe von vierzig Metern in flüssigem Zustande verbleibt. An mehreren Stellen ist das Erdreich geborsten und da sieht man durch die Lücken die Lavastrome gleich einem purpurrothen Wasserstrom fließen. Die kleine Stadt Hilo stand in Gefahr, verschüttet zu werden. Die Lava umgab sie mit einem feurigen Halbkreise, allein glücklicher Weise begann der Strom eine andere Richtung einzunehmen.

(Vom Springtuch zum Tranaltar.) Unter diesem Titel erzählt das W. Extrablatt folgende Geschichte: Unter den Besuchern der berühmten Ringtheatervorstellung befand sich auch die Tochter eines reichen Gumpendorfer Hausherrn, Angela Sartorini, im Begleitung ihres Bruders, eines Technikers. Der Letztere war von seiner Schwester, neben der er im zweiten Stockwerk einen Sitz inne hatte, auf der wilden Flucht nach dem Ausgang getrennt worden, und während er in's Freie gelangte, wurde die Schwester mit et. a. schwierig Leidensgefährten in die Poggia gedrängt. Der Techniker rief den Namen Angelas, aber seine Stimme verhallte ungehört in dem wilden Raum, und nachdem ihm auf der Straße verhaftet worden war, als Alles gerettet sei, eilte er nach Hause, in der ersten Meinung, seine Schwester dort zu finden. Angela war nicht zu Hause. Sie stand lärmend hinter dem Fenster, auf Reitung hörend. Das Springtuch kam und Angela war den Tod entrissen. Ohnmächtig wurde sie von den Händen herabgezogen. Niemand hatte das Mädchen beachtet, denn kann hatte sie den Sprung gewagt, als ein zweiter Brezelbretter über die Brüstung schwang. Ein junger Mann sah das Fräulein wanzen und fing sie in seinen Armen auf. Er brachte seinen Schützling in den Flur eines Nachbarhauses, läbte sie dort, und nachdem sich Angela erholt, brachte er sie in einem Wagen nach Hause. Der Vater rannte indes verzweifelt in dem Zimmer auf und ab, der Bruder war wieder auf die Unglücksstätte geeilt, er hatte die ersten Toten gesehen und war der Lebzeugung, daß auch Angela zu den Verlorenen gehören. Er eilte zurück, um dem Vater die erschütternde Kunde zu bringen und — findet ihn weit vor Freude neben Angela, die bleich, ihrer Sinne kaum mächtig, auf dem Ruhebett liegt. Er ahnte sofort, daß der fremde Jüngling, der mit besorgten Blicken auf das Mädchen sieht, seine Schwester nach Hause gebracht habe, und laut schluchzend will er ihm die Hände klaffen. Der Fremde war Herr Emil Frank, Buchhalter in einem der größten Garngeschäfte Wiens, und gegenwärtig ist derselbe der glückliche Verlobte der schönen Angela.

(Das hat Sarah Bernhardt gethan) Für die spöttische Berliner Gesellschaft haben die Gastspiele von Sarah Bernhardt — obgleich die Künstlerin bekanntlich mit Deutschland böse ist — eine eigenhümliche Folge gehabt. Alle Damen nämlich, die sich mit der Pariser Tragödin auf dem Gebiet der . . . Magierkeit vergleichen können, werden seit einiger Zeit mit allerhand ungewöhnlichen Scherzen geneckt. Man kann aus diesem Quellenmaterial eine Sammlung von „Hyperbeln“ auf die Magierkeit einer Dame“ zusammenstellen, die den berühmten „Hyperbeln“ auf Herrn Wahls große Nase“ kaum etwas nachzäben — und so ist es inzwischen für die Berliner Zärtlerungen ein wahrer Sport des Witzes und der Erfüllungsgabe geworden, immer neue Bosheiten gegen jene Damen anzuspitzen, welchen die Natur die wünschenswerthe Rundung und Fülle der Formen versagt hat. Da wird über eine magere Gesangsschülerin, die sich für die Opernbühne ausbildet, das Gericht verbreitet, daß sie als Schatten in „Dionor“ debütiert werden will . . . Ein junger Mann, der für das Fleischlose Häulein X schwärmt, muß sich die Frage gefallen lassen, ob er vielleicht auch in der Liebe — Vegetarian ist? . . . Eine magere Hoffnungsspielerin wird lieblos als „eins von den Breitern, welche die Welt bedeuten“, verspottet, und einer windelbaren Engländerin, die sich für die nächste Kunstsstellung malen läßt, giebt man den Rath, sich im Katalog als „Alegorie der Faszenzeit“ bezeichnen zu lassen. Auch der Satz aus einem Theatergespräch verdient Erwähnung: „Bei der gestrigen Première waren alle Plätze gut besetzt — mit Ausnahme des Fauteuils, auf welchem Frau v. L. saß.“ . . . In der Nähe eines Ballaals flüstert man über Häulein O.: „Das Eine muß man ihr lassen, ihre Schultern seien in die Augen, wil sie nämlich so spitz sind“ . . . und über die erstaunlich magere Frau B. heißt es: „Wie merkwürdig, daß sie defolletiert geht! Als Frau eines Haushaltmannes sollte sie doch eigentlich wissen, daß jedes Delikt gebedt werden muß.“ So wispert und flüstert man in den Berliner Salonecken, wo Frau Medisance so gern ihre Cercle hält, mit und ohne Grätz in infinitum, und das ganze Wettkennen der Bosheit hat Sarah Bernhardt verschuldet.

(Unter den Kulissen.) Eine Petersburger Zeitung ergänzt ihren Bericht über die Benefizvorstellung Sarah Bernhardt's durch Mitteilung eines für eine Dame der Bernhardt-Truppe unangenehmen Vorfalls, den das Blatt folgendermaßen erzählt: Kaum war der Vorhang nach dem letzten Akt von „La princesse Georges“ herabgezogen, als auf der Szene einer der Gerichtsexklaven des St. Petersburger Friedensrichterpalastes erschien. Er erklärte, daß er nicht zu den Zuschauern gehöre, sondern im Namen des Gesetzes auftrate. Es stellte sich Folgendes heraus: Eine der zur Truppe Sarah Bernhardt's gehörenden Schauspielerinnen hatte während ihres zweiwöchentlichen Aufenthalts in St. Petersburg täglich bei Borrel gefrühstückt und war in dieser kurzen Zeit dort 500 Rubel schuldig geblieben. Angesichts der bevorstehenden Abreise der Truppe entschloß sich Borrel kurz und reizte dem Friedensrichter eine Klage ein, mit der Bitte, die Debitorin durch einen Revers zu verpflichten, Petersburg nicht vor Regulierung dieser Angelegenheit mit Borrel zu verlassen. Auf Grund dessen erschien der Gerichtsexklav auf der Szene des Alexandra-Theaters und die Künstlerin mußte ihm dort den geforderten Revers ausstellen.

(Wie man zu einem Titel kommt.) Ein Kaufmann, welcher in einer entlegenen Vorstadt Berlins ein halb städtisches halb ländliches Grundstück besitzt, war seit Jahr und Tag in Stall und Speicher von Ratten arg geplagt. Vergedens wandte er Phosphorbrei, Stichabutterm und andere Gifte an, um die Unholde zu vertilgen; die pfiffigen Nagethiere merkten was und gingen nicht ran an den Spec. Auch die gewöhnlichen Rattenfallen nützten nichts, die Besten fielen auch darauf nicht hinein. Da kam der Kaufmann eines Tages auf den Gedanken, es mit einer alten Fuchsfaule, die schon seit manchem Jahr unter dem Gründel auf dem Boden des Hauses gelegen habe, zu versuchen. Fuchsgelei ward die Fuchsfaule aufgespaut, mit der Kochspatze versehen und Abends an einer geeigneten Stelle des Stalles aufgestellt. Da dieses Stalle lagerte aber außer den Ratten auch ein Hammel des Kaufmanns. Als nun am anderen Morgen der Kaufmann den Stall betrachtete, da hatte sich in der Fuchsfaule wirklich etwas gefangen, aber nicht etwa eine Ratte, sondern der Hammel. Die Geschichte . . . beflogt Hammel wurde in der Nachbarschaft sehr bald rückbar und heute nennt man dort den Kaufmann nicht anders, als den . . . „Rattenfänger von Hammel.“

Ein Prediger, der seine eigene Kirche in Brand steckt, ist wohl noch ein Unikum. In Stokesley stand der Chrüzige G. Sanger, Vicar von Carlton in Cleveland, dieses Verbrechens angeklagt, vor dem Polizeigericht. Er soll Abends die Vorhänge bei der Orgel, die Matzen etc. mit Paraffinöl bestrichen und dann Feuer angelegt haben, das in der Nacht zum Anbruch kam. Die Motive der That liegen nicht zu Tage. Indes war der Pastor seinem übrigen Lebenswandel nach ein recht unwürdiges Mitglied seiner Kirche.

In Schwerin ist am 9. d. Ms. ein großer Theil des Kreuzganges des Domes ein Raub der Flammen geworden. In demselben befindet sich die Realsschule, deren an und über dem Kreuzgang belegene Klassenzimmer zerstört worden sind. Der Schweriner Dom, in dem sich auch die heilige Blutkapelle mit dem Begräbnis der Großherzöge befindet, ist eins der hervorragendsten Baudenkmäler Deutschlands; die Zeit seiner Vollendung fällt in das 15. Jahrhundert.

Telegraphische Depeschen.
Breslau, 11. Januar. Der Reichsbankdirektor Dr. Joseph Bloch, ist gestern hier gestorben.

London, 11. Januar. „Reuter's Bureau“ meldet aus Kairo vom heutigen Tage: Die Regierung hat abgenommen. Der Schluß telegraphierte den Porträts den Vorläufer der französisch-englischen Kollektivnote. Die egyptische Regierung bereitet eine Antwortnote vor, in welcher sie, wie es heißt, der Regierungen von England und Frankreich für ihre Sorgfalt dankt, aber hinzufügt, daß Besorgniß unnötig sei.

London, 11. Januar. Die „Saint-James-Gazette“ sagt, sie habe Nachrichten von Wichtigkeit aus Tunis empfangen, wonach daselbst eine Quarantäne befürchtet werde, weil vielfach die Bebauung des Landes in Folge der Unruhen unterblieben sei. Sobald sich der Nahrungsmangel im Innern des Landes fühlbar mache, werde ein heftigerer Ausbruch der Unruhen erwartet.

Sofia, 11. Januar. Das heftige Bureau der „Agence Havas“ telegraphiert: Die auswärtig verbreiteten Mitteilungen von anstrengender Bewegungen und Feuersbrünsten in Sofia sind vollständig unbegründet; im ganzen Fürstentum ist die Ruhe nicht gestört.

